

Lisa Weis

Baden-Württemberg – Pionierland der Bürgerbeteiligung?

Eine Bilanztagung zur partizipativen Demokratie in Baden-Württemberg

Wie, wo und unter welchen Bedingungen findet Beteiligung statt? Wie funktioniert die Demokratie aus Sicht der Bürger_innen? Gehört Politik zur alltäglichen Lebenswelt der Menschen? Was können „neue“ Formen von Bürgerbeteiligung bewirken? Wie entwickelt sich die Demokratie in Baden-Württemberg weiter?

Diese und weitere Fragen standen im Mittelpunkt der zweiten Bilanztagung der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Baden-Württemberg im November 2015 in der evangelischen Akademie Bad Boll. Dabei zeigte sich, dass im Südwesten nicht nur praktisch, sondern auch politisch getüftelt wird. Gemeinsam mit Vertreter_innen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft wurde über den bisherigen Weg der Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg diskutiert und gemeinsame Handlungsempfehlungen für die nächste Landesregierung erarbeitet.

Baden-Württemberg als „Musterbeispiel“ der Bürgerbeteiligung

Zum Einstieg der Tagung hielt Professor Dr. Roland Roth, Hochschule Magdeburg-Stendal, Berlin einen Vortrag zum Thema: „Praxis und Perspektiven einer Beteiligungskultur – ein Hauptstadtblick auf die Beteiligungskultur in Baden-Württemberg“. Mit diesem „Hauptstadtblick“ hält Roth fest: Baden-Württemberg kann als „Musterbeispiel“ für das Themenfeld Bürgerbeteiligung gelten, von dem andere Bundesländer noch einiges adaptieren können.

Was aber muss getan werden, damit dies auch so bleibt?

Hierzu erarbeiteten Akteur_innen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft Zukunftsperspektiven, Lösungsansätze, Tipps und Empfehlungen. In den Workshops der Tagung wurden unter anderem das Beteiligungsportal Baden-Württemberg vorgestellt, auf dem Bürger_innen die Möglichkeit haben, Gesetzesentwürfe zu kommentieren. Wie wichtig ein Ansprechpartner und ein Netzwerk für Bürgerbeteiligung ist, dessen Angebote sich ausschließlich an die Zivilgesellschaft richten, verdeutlichte die Allianz für Beteiligung.

Dass Beteiligung ein wichtiges Verfahren ist, das am besten im Zusammenspiel von Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik gelingen kann verdeutlichte die Führungsakademie Baden-

Württemberg. Sie stellte ihr Seminarangebot Bürgerbeteiligung vor, bei dem Personen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft Methoden der Bürgerbeteiligung gemeinsam erlernen. Dass die Kenntnis über die Methode aber nicht allein entscheidend ist, sondern dass die detaillierte Planung eines Bürgerbeteiligungsprozesses von Anbeginn wichtig ist, zeigten der Planungsleitfaden „Leitfaden für eine neue Planungskultur“ und das Praxisbeispiel des partizipativen Standortsuchlaufs für eine neue Justizvollzugsanstalt in Rottweil.

All diese Beispiele zeigen auf, dass es bereits jetzt eine große Vielfalt an Akteur_innen in Baden-Württemberg gibt, die im Bereich Bürgerbeteiligung arbeiten und sich für dieses Thema einsetzen. Es wird zudem klar, dass in Baden-Württemberg bereits heute viele gesellschaftliche Themen mit Methoden der Bürgerbeteiligung bearbeitet werden – und dass es Strukturen und Förderungen gibt, die dies auch ermöglichen. Es wird aber auch deutlich, dass der Weg, diese Strukturen dauerhaft zu verstetigen, auch in Baden-Württemberg gerade erst begonnen hat.

Was sagt die Wissenschaft zu diesem Thema?

Die Einschätzungen der Teilnehmer_innen decken sich auch mit aktuellen Forschungsergebnissen aus der Wissenschaft, die im Demokratie-Monitoring der Baden-Württemberg Stiftung und der Wirkungsstudie zur vielfältigen Demokratie der Bertelsmann Stiftung veröffentlicht worden sind¹. Die Ergebnisse der beiden Studien belegen, dass frühe, offene und verbindliche Beteiligungsprozesse nicht nur die demokratischen Kompetenzen der Bevölkerung erhöhen, sondern auch ihre Bereitschaft, sich aktiv in Beteiligungsverfahren einzubringen.

Die Bereitwilligkeit, sich politisch zu beteiligen, wird zudem stark von sowohl soziodemographischen und sozio-ökonomischen Kriterien, als auch von Geschlecht, Einkommen oder Bildung beeinflusst. Eine große Rolle, ob und wie sich Menschen beteiligen, spielen zudem die Familie, persönliche Schlüsselerlebnisse und individuelle Betroffenheit. Ein weiteres Ergebnis des Baden-Württemberg Monitorings zeigt auch, dass die Bürger_innen grundsätzlich mit dem Land Baden-Württemberg, den Institutionen und mit dem Funktionieren der Demokratie in Baden-Württemberg zufrieden sind.

Gleichsam wünschen sich die Menschen im Land aber auch mehr Möglichkeiten zum politischen Mitgestalten und Mitentscheiden. Insbesondere die Forderung nach mehr Beteiligungsmöglichkeiten ist der Untersuchung nach deutlich zu vernehmen. Weiter geht aus der Studie hervor, dass in Situationen mit hohem Konfliktpotenzial dialogorientierte Verfahren direktdemokratischen Ansätzen, wie zum Beispiel Bürgerentscheiden, vorgezogen werden und dass sich die Kultur des Mitentscheidens noch in der Einübungsphase befindet. Auch scheint es zunehmend schwer zu fallen, insbesondere junge Menschen für die Landespolitik zu begeistern.

¹ <http://www.springer.com/de/book/9783658094195>
<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/vielfaeltige-demokratie/>

Je mehr politische Bildung, desto mehr Partizipation!

„Was aber sind die Orte, an der politische Sozialisation stattfindet?“, fragten sich die Teilnehmer_innen der Tagung. Der Diskurs in der Familie? Sportvereine? Schule? Kindergärten? Um Jugendliche zu mehr Beteiligung zu bewegen, muss Beteiligung erfahrbar gemacht werden, ausprobiert werden, so der Konsens. So sei das Projekt „Wählen ab 16“², das im Rahmen der Kommunalwahlen von der Landeszentrale für politische Bildung durchgeführt wurde, zwar ein gelungenes Projekt, das aber alleine noch nicht ausreicht. Jugendliche sollten sich vor allem über konkrete Projektorientierung für politisches Engagement gewinnen lassen. Denn: Jugendliche müssen erleben, wie Beteiligung funktioniert, um sich zu engagieren und einzubringen. Daher ist es von großer Bedeutung, die Themen und den Umgang mit Bürgerbeteiligung schon Kindern im frühen Alter zu vermitteln, da diese in Zukunft die Gestaltung der Gesellschaft übernehmen werden. Hierfür ist es wichtig, die vielen unterschiedlichen Beteiligungsmöglichkeiten den (jungen) Bürger_innen aufzuzeigen, denn je mehr sie darüber wissen, desto eher nutzen sie diese Strukturen. Oder kurz zusammengefasst: Je mehr politische Bildung, desto mehr Partizipation.

Was bleibt noch zu tun?

Die auf der Tagung vorgestellten Akteur_innen und deren Wirken im Themenfeld der Bürgerbeteiligung bedeuten für Baden-Württemberg einen großen Zugewinn innerhalb der Beteiligungsvielfalt. Hervorzuheben ist hierbei insbesondere auch die Landesverwaltung, die nach Einschätzung der Konferenzteilnehmer_innen in diesem Themenfeld einen großen Schritt vorangegangen ist. Der Gedanke und die Überzeugung, dass die Beteiligung der Bürger_innen ein Mehrwert für die Planung gesellschaftlicher Projekte und Anliegen bringt, scheint hier auf einem sehr guten Weg. Klar halten die Teilnehmer_innen allerdings auch fest: „Bei Politiker_innen gestaltet sich dieser Prozess häufig noch schwieriger. Hier muss häufig noch viel Überzeugungsarbeit für mehr Bürgerbeteiligung geleistet werden!“

Die Diskussionen und Inhalte der Tagung machten deutlich, dass in Baden-Württemberg nicht mehr das „ob“ entscheidend ist für Maßnahmen der Bürgerbeteiligung, sondern mittlerweile das „wie“ im Vordergrund steht. Für die weitere positive Entwicklung der Bürgerbeteiligung ist Methodenkompetenz entscheidend, so die Erkenntnis.

Folgende Punkte fassen die Teilnehmer_innen als Zukunftsaufgaben zusammen:

Besondere Achtsamkeit ist auch auf die Methodenauswahl der Bürgerbeteiligung zu legen, um unterschiedliche Meinungen zu inkludieren und damit den demokratischen Gedanken zu wahren. Zu viele Menschen nehmen leider nicht an Wahlen und Abstimmungen teil. Positionen und Meinungen von einigen Gruppen, wie zum Beispiel von Zuwanderern oder sozial Schwachen, sind wenig bis kaum vertreten. Empfehlenswert ist es daher, stille Gruppen ver-

² www.waehlenab16-bw.de

stärkt einzubinden, um einer Dominanz der bereits involvierten und wahlfreudigen Bürger_innen entgegenzuwirken. Antworten darauf, wie das funktionieren kann, gibt es viele in Baden-Württemberg – sie müssen weiter verfolgt und ausgebaut werden.

Wünschenswert wäre auch, dass das Vorgehen, das im Planungsleitfaden bzw. in der Verwaltungsvorschrift Öffentlichkeitsbeteiligung des Landes Baden-Württemberg festgehalten ist, auch in Gesetzesverfahren übersetzt wird. Hier sollte man ein Scoping, wie im Planungsleitfaden empfohlen, etablieren und die Frage stellen, wer von der Neuerung oder Änderung betroffen ist und angehört werden sollte. Der Fokus sollte in Zukunft mehr auf dialogorientierten Verfahren liegen.

Wichtig ist zudem, dass mehr Transparenz garantiert wird, beispielsweise auf lokaler Ebene im Gemeinderat. Aber auch im Bundestag sollten Vorgänge wie die Entscheidungsfindung bei der Euro-Rettungspolitik, die in geheim tagenden Ausschüssen vorbereitet wurde, anders und vor allem transparenter ablaufen.

Protest gilt es weiterhin als soziale Triebfeder ernst zu nehmen. Ohne die Proteste um Stuttgart 21 würde es die heutigen Diskussionen und Strukturen zum Thema Bürgerbeteiligung in diesem Umfang wahrscheinlich nicht geben. Für die Weiterentwicklung einer vielfältigen Demokratie in Deutschland und Baden-Württemberg wird es weiterhin diesen „Druck von Unten“ brauchen. Daher gilt es, den Protest der Bürger_innen nicht – wie andersorts schon geschehen – als borniertes Eigeninteresse abzutun, sondern ihn ernst zu nehmen. Dies bedeutet, dass sich alle Parteien an einen Tisch setzen und sich mit den Streitthemen gemeinsam auseinandersetzen. Von Bedeutung ist im gleichen Zuge auch, dass die Vernetzung der einzelnen Akteure in der Bürgerbeteiligung weiter gestärkt und weiterverfolgt wird.

Zum Abschluss der Tagung gab Staatsrätin Gisela Erler folgende Empfehlung an die zukünftige Landesregierung weiter:

„Mein Vorschlag für die neue Landesregierung ist der Aufbau eines Ministeriums für Integration und Partizipation, wo das Engagement im Bereich Bürgerbeteiligung und Stärkung der Zivilgesellschaft auf höherer Ebene repräsentiert wird und zudem Gestaltungsmöglichkeiten durch eine eigene Abteilung im neuen Ministerium gegeben sind. Unsere Aufgabe ist es, dass wir die Werte, die wir in unserer (Zivil-) Gesellschaft leben wollen, verteidigen - auch im Falle, dass die Konfrontation in diesem Bereich noch stärker wird. Gerade dann wird es wichtig sein, diese auf der großen politischen Bühne – zum Beispiel mit Hilfe von Demonstrationen, sichtbar zu verteidigen“.

Autorin

Lisa Weis, Assistenz der Geschäftsführung, Initiative Allianz für Beteiligung e.V.

Kontakt: Lisa.Weis@afb.bwl.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: 030 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de